

Welches Wissen (und welche Wissenschaft) braucht die Politik? Herausforderungen wissenschaftsbasierter Demokratie. *Interdisziplinärer Workshop an der Hochschule für Philosophie München vom 16. bis 17. Februar 2023. Tizia Rosendorfer & Julian Prugger*

Einleitung

Die Corona-, aber auch die Klimapolitik sind virulente Beispiele dafür, dass Politik auf verlässliches Wissen angewiesen ist. Dabei geht es im engeren Sinne um wissenschaftliche Expertise, die politische Entscheidungen informiert. In der Corona-Politik war der Ruf nach wissenschaftlicher Evidenz laut ("Follow the Science!"). Was es allerdings heißt, wissenschaftliche Expertise in politische Entscheidungen einfließen zu lassen, ist nicht einfach zu beantworten. Welche Expertise ist gefragt? Welche wissenschaftliche Evidenz ist relevant und wie führt diese zu politischen Entscheidungen? Wie werden Informationen an die Öffentlichkeit kommuniziert? Und welches Wissen bleibt am Ende des Tages ungehört?

Der akademische Workshop versammelte interdisziplinäre Perspektiven auf das Spannungsverhältnis von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik, um Antworten auf diese Fragen zu finden. Er fand im Kontext des selbst bereits interdisziplinären DFG-Forschungsprojekts „Politics in Search of Evidence. The Role of Political Philosophy and Public Health in the Political Responses to COVID-19“ (PoSEvi) statt.¹

Die Vorträge und eine Podiumsdiskussion kreisten um Fragen nach Evidenz, epistemischer Gewalt beziehungsweise der Rolle von Wissenschaftskommunikation. Neben Beiträgen aus Philosophie und der Public-Health-Forschung waren auch die Science and Technology Studies (STS), Wissenschaftssoziologie und Angewandte Linguistik vertreten.²

Interdisziplinarität am Beispiel von Evidenz

Der Evidenzbegriff stellte einen (unter mehreren) Anknüpfungspunkt dar, anhand dessen Vertreter:innen verschiedener Fachrichtungen ins Gespräch kommen konnten. Silke Beck eröffnete mit einem wissenschaftssoziologischen Vortrag die Tagung. Sie widersprach einer häufig vertretenen Annahme, dass es sich bei Evidenz um eine stabile, rein epistemische Beschreibung von Wissen handle. Auch sei Evidenz kein Qualitätsmerkmal für neutrales Wissen, sondern stattdessen Element und Resultat sozialer, umkämpfter Praktiken. Evidenz wird also nicht vorgefunden, sondern „gemacht“ und praktisch bzw. diskursiv stabilisiert und destabilisiert. Die Wissenschaftssoziologie und die STS sähen, so Beck, vor diesem Hintergrund ihre Aufgabe vor allem darin, evidenzbezogene Wissenspraktiken zu rekonstruieren und sie als situiert zu begreifen.

Aus Public-Health-Perspektive argumentierte demgegenüber Christian Apfelbacher, dass Evidenz in dieser Disziplin (noch) als eine Form des gesicherten Wissens gelte. Dadurch wür-

¹ DFG-Förderkennzeichen AP 235/1-1. Das Projekt ist eine Kooperation des Lehrstuhls für Praktische Philosophie und Völkerverständnis (Prof. Michael Reder) an der Hochschule für Philosophie München und des Instituts für Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung (Prof. Christian Apfelbacher) an der Universität Magdeburg.

² Ein detailliertes Programm des Workshops ist unter folgendem Link einsehbar: <https://hfph.de/forschung/drittmittelprojekte/politics-in-search-of-evidence/aktivitaeten/2022-programm-evidenzbasierte-politik-digitalversion.pdf>. Einige der Beiträge wurden jüngst in einem Tagungsband veröffentlicht (Honnacker/Prugger/Reder 2024).

den jedoch Wertantagonismen hinter vermeintlichen Wissenschaftsdebatten bzw. Debatten über die Wissenschaftlichkeit verschiedener Methoden verschleiert. Dies spiegelte sich auch im Vortrag von Eva Rehfuess (Public Health) wider, die über verschiedene Evidenzen und deren Translation in Politik und Praxis referierte. Dabei betonte sie die Notwendigkeit, möglichst viele Stakeholder:innen in den Prozess der Wissens- und Evidenzgenerierung einzubeziehen, um vor allem Pluralität der in den Wissensbildungsprozess einfließenden Werte und Perspektiven sicherzustellen. Für den Fall der Corona-Pandemie nannte sie die Pandemierate sowie die Corona-Schulstudie als vielversprechende Beispiele.

Aus kritisch-philosophischer Perspektive problematisierte Frieder Vogelmann in seinem Vortrag den Evidenzbegriff als „Kollektivsingular“, der die eigentliche Vielfalt des Begriffs verdecke. Problematisch sei das vor allem deswegen, weil Kollektivsingulare einseitigen und dogmatischen Wissenschaftsbegriffen Vorschub leisten würden, was letztlich die demokratische Einbettung des Wissenschaftsbetriebs gefährde.

Die politische und demokratische Dimension der Frage nach Evidenz wurde im Workshop immer wieder aufgegriffen, so auch in der Podiumsdiskussion „Let’s talk about evidence“ mit Christian Apfelbacher (Public Health) und Ruth Müller (STS). Die Frage „Für was und wen wird Evidenz produziert?“ sei, laut Müller, besonders in Bezug auf evidenzbasierte Politik relevant: Wer hat ein Interesse an Evidenz beziehungsweise an einem als gesichert geltenden Wissen in einem bestimmten Kontext? Wessen Evidenz wird überhaupt als solche gehört? Und nicht zuletzt: Welche Evidenz gibt es in welchen Disziplinen und anhand welcher Paradigmen? Christian Apfelbacher ergänzte Müllers Ausführung mit einem Verweis darauf, dass das Ziel ein Pluralismus der (wissenschaftlichen) Methoden sein müsse, zumindest in der Public-Health-Disziplin. Dafür notwendig sei eine größere Diversität der zur Verfügung stehenden Daten. Ein solcher Pluralismus sei politisch entscheidend, um hegemoniale Positionen (z. B. ein rein biomedizinisches Verständnis von Gesundheit) herauszufordern – und möglicherweise zu destabilisieren.

Ankerpunkte für die Zukunft einer wissenschaftsbasierten Politik

Der lebhafteste Austausch verdeutlichte auf produktive Weise zudem disziplinäre Grenzen und Widersprüche zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven. Dies zeigte sich an Vorträgen und Debatten, die das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ins Zentrum rückten. So wurde nach der Rolle 1) von Wissenschaftskommunikation und Vertrauen für eine wissenschaftsbasierte Politik, 2) einer Ko-Produktion von klimapolitischem Wissen angesichts epistemisch-(post-)kolonialer Gewalt oder 3) der zukünftigen Rolle der Public-Health-Disziplin als Stütze einer progressiven Pandemiepolitik gefragt.

Zu 1): Nina Janich und Lisa Rhein näherten sich dem Problem der Wissenschaftskommunikation während der Pandemie von linguistischer Seite. Neben der Herausforderung, (wissenschaftliche) Evidenz an die Öffentlichkeit zu kommunizieren, stelle auch die Kommunikation von *unzureichender* Evidenz und unsicherem Wissen eine wichtige Aufgabe dar. Dabei wurde das Spannungsfeld zwischen Politik und Medien zur Sprache gebracht, in welchem der Kommunikation von Unsicherheit zu wenig Platz eingeräumt werde – allerdings je nach Diskursorientierungen aus ganz unterschiedlichen Motiven.

Teilweise in Abgrenzung zum Plädoyer für mehr Wissenschaftskommunikation betonten Martin Hartmann und Maya Goldenberg aus philosophischer Perspektive Wertefragen als zentrale Herausforderungen für eine wissenschaftsbasierte Politik. Dabei behandelten sie

nicht nur die Frage, welche Werte in der Wissenschaft eine Rolle spielen sollten, sondern auch, wie Werte mit der demokratischen Legitimation einer von Wissenschaft informierten Politik zusammenhängen. Goldenberg stellte den Zusammenhang von Vertrauen und Werten für die demokratische Akzeptanz wissenschaftsbasierter Politik in den Vordergrund: Beispielsweise gründe die Impfskepsis in den USA nicht auf einem „knowledge deficit“, sondern hänge vor allem mit Wertedifferenzen zusammen. Deshalb seien Fragen der Wissenschaftskommunikation oder der *scientific literacy* nicht entscheidend, um Vertrauen in die Wissenschaft zu erhöhen. Vielmehr müssten für die Zukunft die politische Diskussion um wissenschaftliche Werte, die Transparenz ökonomischer Interessen von Forschungseinrichtungen sowie die Reproduktion von Diskriminierung durch wissenschaftliche Studien einen höheren Stellenwert genießen. Diese Perspektive sei von der Pandemiepolitik wenig berücksichtigt worden. Besonders in gut informierten Milieus sei Impfskepsis nicht unbedingt auf Verschwörungstheorien, Wissenschaftsfeindlichkeit oder fehlende Kommunikation zurückzuführen. Viel eher gehe es dort um die Vereinbarkeit mit den eigenen Wertvorstellungen (z. B. Impfung vs. Naturheilkunde). Auf dieser Ebene der Wertvorstellungen habe beinahe kein Diskurs in Politik und Öffentlichkeit stattgefunden bzw. die auftretenden Konflikte seien als Wissensdiskurse geführt worden, die wenig Raum für ein demokratisches Verständnis pluraler Wertesysteme ließen. Thesen wie diese wurden intensiv und kontrovers diskutiert, beispielsweise im Hinblick auf eine mögliche Gleichsetzung skeptisch-zurückhaltender Positionen („hesitancy“) mit anti-wissenschaftlichen, verschwörungstheoretischen Haltungen („anti-science“). Deren Unterscheidung sei aber entscheidend hinsichtlich der Frage, welche Werte eine zukünftige wissenschaftsbasierte Politik vertreten will.

Zu 2): Am Beispiel der globalen Klimapolitik kritisierte Julian Prugger aus philosophisch-postkolonialer Perspektive die Art der Integration von indigenem Wissen in den aktuellen Berichten des IPCC: Indigenes Wissen werde dabei als expliziter Gegensatz zu wissenschaftlichem Wissen verstanden und behandelt. Diese Gegensätzlichkeit sei jedoch selbst Produkt kolonialer *Othering*-Prozesse und könne nicht losgelöst von epistemischer Gewalt – z. B. einer Abwertung von indigenem Wissen sowie der damit verbundenen Wissensträger:innen – verstanden werden. Die gegenwärtigen Versuche, indigenes Wissen in den klimapolitischen Prozess zu integrieren, würden Gefahr laufen, genau diese Gewalt zu reproduzieren. Ein dekoloniales Ziel müsse deshalb in einer wirklichen Ko-Produktion (statt Integration) von (klimapolitisch relevantem) Wissen liegen. Diskutiert wurde aber, inwiefern eine solche philosophische Kritik nicht auf einem begrifflichen Metalevel verharre und somit der Realität nicht gerecht werde. So sei die vorherrschende Praxis, zumindest aus Sicht der STS, der philosophischen Kritik bereits voraus.

Zu 3): Immer wieder wurde von verschiedenen Teilnehmer:innen betont, dass die Public-Health-Disziplin in Deutschland zukünftig eine größere Rolle in Fragen der Gesundheitspolitik und „pandemic preparedness“ spielen müsse. Um deren Charakter sowie ihr Rollenverständnis genauer herauszuarbeiten, boten Julia Piel und Marilena von Köppen auf Basis einer qualitativ-empirischen Studie Einblick in verschiedene Selbstverständnisse von deutschen Public-Health-Wissenschaftler:innen während der Corona-Pandemie. Mithilfe eines Mappingverfahrens konnten unterschiedliche Selbstwahrnehmungen im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik visualisiert werden: Neben Positionen, die sich stärker in der Rolle als neutrale Informationsgeber:innen für politische Entscheidungsträger:innen sahen, fanden sich auch Selbstverständnisse, die politische und soziale Dimensionen in ihre Rolle als Wissenschaftler:innen einbezogen. Fragen nach *pandemic-preparedness* wurden von den Be-

fragten dabei sehr unterschiedlich beantwortet: Einige Public-Health-Wissenschaftler:innen forderten eine stärker institutionalisierte Zusammenarbeit von Public Health und Politik. Daneben fanden sich auch Stimmen, die eine größere Unabhängigkeit – und dadurch Stärkung – der Public-Health-Disziplin als wichtig erachteten.

Zusammenfassung

Welchen Herausforderungen muss sich wissen(-schaft)sbasierte Politik in Zukunft stellen? Unter dem Stichwort der *pandemic preparedness* diskutierten die Teilnehmer:innen, welche Leitlinien, Begriffe und Konzepte zur Beantwortung dieser Frage festgehalten werden müssten. Einigkeit herrschte darin, dass eine strenge Hierarchisierung von Evidenzmodellen, wie sie innerhalb der Medizin (und in Teilen der Public Health) häufig noch vorherrschend ist, einem Pluralismus verschiedener Evidenzpraktiken weichen müsse. Von Bedeutung sei dabei vor allem eine Stärkung der Public-Health-Perspektive, die in Deutschland noch zu selten als Stütze für politische Entscheidungen herangezogen wird, obwohl sie mit ihrer holistischen Perspektive in der Lage sei, viele verschiedene Parameter und Zusammenhänge zu verbinden. Aufgrund ihrer normativen Sensibilität sei die Public-Health-Disziplin zudem dazu geeignet, einerseits soziale Wertekonflikte zu reflektieren und andererseits Fragen der Gesundheit mit sozialer Ungleichheit, Vulnerabilität und (kolonialen) Machtstrukturen zu verbinden.

Nicht zuletzt offenbarte der Diskurs über die Pandemiepolitik ein großes Forschungsdesiderat: Gefordert wurde eine stärkere wissenschaftliche Aufarbeitung, Evaluierung und Auseinandersetzung mit der Pandemiepolitik. Im Sinne einer Preparedness gegenüber zukünftigen Pandemien bzw. Situationen, in welchen unter hoher wissenschaftlicher Unsicherheit politische Entscheidungen getroffen werden müssen, ist eine tiefere Analyse des Zusammenspiels von Wissenschaft und Politik während der Pandemie aufschlussreich.

Publikation einzelner Beiträge des Workshops im folgenden Sammelband:

Honnacker, Ana / Prugger, Julian / Reder, Michael, Hrsg. (2024): *Welches Wissen (und welche Wissenschaft) braucht die Politik? Herausforderungen wissenschaftlicher Demokratie*. Berlin/Boston: De Gruyter. DOI 10.1515/9783111251868.